

**Nr. 17/169**

**Bremisches Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 27. November 2007  
(Drucksache 17/156)  
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen (federführend) und die staatlichen Deputationen für Arbeit und Gesundheit sowie Bau und Verkehr.

**Nr. 17/170**

**Gegen Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen – Für eine verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung und Vergabe**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 27. November 2007  
(Drucksache 17/157)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke  
vom 13. Dezember 2007**

(Drucksache 17/187)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. geeignete Maßnahmen zu ergreifen und sicherzustellen, dass im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen im Land Bremen und seiner Kommunen in Zukunft nur Produkte erworben werden, die unter Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO, insbesondere ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182, hergestellt wurden. Der Senat hat weiter dafür Sorge zu tragen, dass ökologische Standards und Standards des fairen Handels in geeigneter Weise berücksichtigt werden. Der Nachweis ist durch eine Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder eine Selbstverpflichtungserklärung zu führen,
2. auf im öffentlichen (Mehrheits-)Besitz befindliche Gesellschaften und öffentliche Einrichtungen einzuwirken, nach derselben Maßgabe zu verfahren,
3. sich gegenüber der Bundesregierung im Rahmen der Novellierung des Bundesvergaberechts für eine verbindliche Verankerung sozialer und ökologischer Kriterien im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen einzusetzen,
4. der Bürgerschaft (Landtag) über die Umsetzung dieses Beschlusses bis März 2008 zu berichten.

**Nr. 17/171**

**Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens und Förderung des Handels mit „Fair-Trade“-Produkten**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 12. Dezember 2007  
(Drucksache 17/185)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Nr. 17/172**

**Flächenausweisung und Pilotprojekt für Solaranlagen am Boden**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 9. Oktober 2007  
(Drucksache 17/81)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Nr. 17/173**

**Flächenausweisung und Pilotprojekt für Solaranlagen am Boden**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 21. November 2007  
(Drucksache 17/145)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Nr. 17/174**

**Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2006 vom 25. Juni 2007**

(Drucksache 17/6)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs Kenntnis.

**Nr. 17/175**

**Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zu der Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2006 (Drs. 17/6)**

**vom 26. November 2007**

(Drucksache 17/150)

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2006 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

**Nr. 17/176**

**Schnelle Schließung des Autobahnringes sicherstellen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 29. November 2007  
(Drucksache 17/160)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 17/177**

### **Autobahn 281 zügig bauen, Steuergeld sparsam verwenden**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 11. Dezember 2007  
(Drucksache 17/183)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 17/178**

### **Den europäischen Reformvertrag von Lissabon ratifizieren!**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen,  
der SPD, der CDU und der FDP  
vom 22. November 2007  
(Drucksache 17/149)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Einigung in Lissabon auf einen neuen Vertrag, der die politische und rechtliche Substanz des gescheiterten „Verfassungsvertrages“ von 2004 sehr weitgehend übernimmt. Nur so lässt sich die politische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten nach ihrer Erweiterung weiterentwickeln. Insbesondere begrüßt sie

- die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta;
- die Stärkung der Kompetenzen des europäischen Parlaments und die damit einhergehende Legitimation europäischer Entscheidungen;
- dass zukünftig das europäische Parlament in der Regel gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat, auch in Haushaltsfragen, sein wird;
- die Wahl des/der Kommissionspräsidenten/-in direkt durch das Parlament mit Mehrheit;
- die Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat als Regelfall;
- die Einführung des Prinzips der „doppelten Mehrheit“ im Rat;
- die Öffentlichkeit der Tagungen des Rates bei Beratung oder Abstimmung über Gesetzgebungsakte;
- die Schaffung des Amtes eines/einer auf zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten/-in des Europäischen Rates als offizielles Organ der EU;
- die Schaffung eines/einer Hohen Vertreters/-in der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, die/der zugleich Vizepräsident/-in der Kommission ist;
- die Reduzierung der Zahl der Kommissare/-innen von 27 auf 15 bei Einführung eines gleichberechtigten Rotationsprinzips;
- die Einführung eines Bürgerbegehrens, mit dem die Kommission zur Vorlage von Rechtsetzungsvorschlägen aufgefordert werden kann.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Neuregelungen, die das Verhältnis von Ländern und Kommunen zur Europäischen Union klären und verbessern:

- die Schärfung der Kompetenzabgrenzung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten (und damit in Deutschland der Länder);
- die Stärkung der nationalen Parlamente (und damit auch des Bundesrates) durch das Subsidiaritätsfrühwarnsystem;
- das Klagerecht der nationalen Parlamente und des Ausschusses der Regionen bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip;
- die Hervorhebung der wichtigen Rolle der regionalen und kommunalen Behörden bei der Ausgestaltung der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse („Daseinsvorsorge“);
- die Respektierung der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung als Teil der zu achtenden nationalen Identität.

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt, dass gegenüber dem „Verfassungsvertrag“ die Ziele einer solidarischen europäischen Energieversorgungspolitik und der Klimaschutz- und Umweltpolitik verstärkt worden sind.

Die Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus und wird dabei mitwirken, dass sich die europäische Politik in Zukunft verstärkt neuen Aufgaben zuwendet: der Weiterentwicklung des sozialen Zusammenhalts, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Gestaltung der Welthandelsbeziehungen, eine gemeinsame Außenpolitik, der Bekämpfung des Terrorismus und internationaler Kriminalität, der Gestaltung einer gemeinsamen Migrationspolitik sowie allen Fragen der Energie- und Klimaschutzpolitik.

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht die Erwartung aus, dass die Ratifizierung des Reformvertrages in Deutschland in Bundestag und Bundesrat zügig eingeleitet und – verbunden mit einer breiten Information der Bürgerinnen und Bürger – positiv abgeschlossen wird.

### **Nr. 17/179**

#### **Öffentlichkeit und parlamentarische Beteiligung bei der Debatte um die Zukunft der Europäischen Union sicherstellen!**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 11. Dezember 2007  
(Drucksache 17/182)

D a z u

#### **Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 13. November 2007**

(Drucksache 17/188)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Einrichtung eines „Rates der Weisen“ beim Europäischen Rat ab. Bei der Diskussion weiterer Vorschläge zur Zukunft der Europäischen Union soll eine breite zivilgesellschaftliche und parlamentarische Beteiligung sichergestellt werden. Sollte die Einrichtung einer „Reflexionsgruppe“ von den Staats- und Regierungschefs als erforderlich angesehen werden, so wird die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gebeten, sich dafür einzusetzen, dass diese mit Parlamentariern aus den EU-Mitgliedstaaten besetzt ist.

### **Nr. 17/180**

#### **Bremisches Nichtraucherschutzgesetz (BremNiSchG)**

Mitteilung des Senats vom 23. Oktober 2007  
(Drucksache 17/107)  
2. Lesung

D a z u

#### **Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 6. November 2007**

(Drucksache 17/118)

u n d

#### **Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 19. November 2007**

(Drucksache 17/138)

u n d

#### **Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 7. Dezember 2007**

(Drucksache 17/174)

u n d

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
vom 11. Dezember 2007**

(Drucksache 17/176)

Der Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drs. 17/174) ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP (Drs. 17/118) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (Drs. 17/138) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU (Drs. 17/176) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem in der Drucksache 17/177 enthaltenen Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

***Nr. 17/181***

**Bremisches Nichtraucherschutzgesetz (BremNiSchG)**

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2007

(Neufassung der Drs. 17/168 vom 04.12.07)

(Drucksache 17/177)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu Drucksache 17/107 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

***Nr. 17/182***

**Bericht nach Artikel 14 der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) zur Information der Öffentlichkeit über die wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen**

Mitteilung des Senats vom 27. November 2007

(Drucksache 17/159)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

***Nr. 17/183***

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 5  
vom 4. Dezember 2007**

(Drucksache 17/162)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

***Nr. 17/184***

**Wahl von fünf Mitgliedern und deren stellvertretenden Mitgliedern des Parlamentarischen Beirates der Metropolregion Bremen–Oldenburg im Nordwesten**

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Parlamentarischen Beirates der Metropolregion Bremen–Oldenburg im Nordwesten:

Mitglieder

Oppermann, Manfred (SPD)

Dr. Sieling, Carsten (SPD)

Stellvertreter

Schildt, Frank (SPD)

Pohlmann, Jürgen (SPD)

Mitglieder	Stellvertreter/-in
Focke, Dieter (CDU)	Imhoff, Frank (CDU)
Pflugradt, Helmut (CDU)	Kastendiek, Jörg (CDU)
Dr. Mathes, Karin (Bündnis 90/Die Grünen)	Krusche, Karin (Bündnis 90/Die Grünen)

### **Nr. 17/185**

#### **Verlängerung der vorläufigen Aufrechterhaltung der Funktion des Landesbehindertenbeauftragten über den 31. Dezember 2007 hinaus**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der FDP und Die Linke vom 10. Dezember 2007  
(Neufassung der Drs. 17/172 vom 06.12.07)  
(Drucksache 17/175)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat am 14. Dezember 2006 beschlossen, die seit dem 1. Juli 2004 bestehende Funktion des Landesbehindertenbeauftragten über den Ablauf der 16. Wahlperiode hinaus längstens bis zum 31. Dezember 2007 beizubehalten.

Um eine Vakanz nach Ablauf der Frist zu vermeiden, wird die Stelle in der gegenwärtigen Besetzung über den 31. Dezember 2007 hinaus vorläufig bis zu einer Neubestellung nach der Entscheidung über eine gesetzliche Verankerung der Institution des Landesbehindertenbeauftragten ohne Änderung der Konditionen und der Finanzierung fortgeführt.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, die erforderlichen Abstimmungen mit dem Senat vorzunehmen.

### **Nr. 17/186**

#### **Chancen des Mittelstandes durch Galileo sichern**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vom 12. Dezember 2007  
(Drucksache 17/186)

1. Der Senat wird gebeten zu prüfen, wie durch die Umsteuerung vorhandener Ressourcen eine mittelstandsorientierte Anlauf- und Koordinierungsstelle zur Förderung und Beschleunigung der Marktentwicklung für Anwendungen der Satellitennavigation und der Schaffung von Hochtechnologiearbeitsplätzen geschaffen werden kann.
2. Der Senat möge sicherstellen, dass im Rahmen der laufenden Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Technologie ein Schwerpunkt bei der Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen in der Entwicklung von Anwendungen der Satellitennavigation gesetzt wird.

### **Nr. 17/187**

#### **Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Tempolimit auf Autobahnen im Land Bremen  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. November 2007  
(Drucksache 17/125)

2. Bremisches Gaststättengesetz (BremGastG)  
Mitteilung des Senats vom 20. November 2007  
(Drucksache 17/140)  
1. Lesung  
  
D a z u  
  
Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
vom 11. Dezember 2007  
(Drucksache 17/180)  
  
D a z u  
  
Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
vom 12. Dezember 2007  
(Drucksache 17/184)
3. 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz  
vom 31. März 2007  
(Drucksache 16/1362)
4. Stellungnahme des Senats zum 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für  
Datenschutz  
Mitteilung des Senats vom 28. August 2007  
(Drucksache 17/31)
5. Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikations-  
technologie und Medienangelegenheiten zum 29. Jahresbericht des Landes-  
beauftragten für Datenschutz vom 31. März 2007 (Drs. 16/1362) und zur Stel-  
lungnahme des Senats vom 28. August 2007 (Drs. 17/31)  
vom 26. November 2007  
(Drucksache 17/151)
6. Erweiterung des Hochschulzugangs für Menschen ohne Abitur  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 26. November 2007  
(Drucksache 17/152)
7. Keine Benachteiligung privater Grundschulen  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 26. November 2007  
(Drucksache 17/153)
8. Durch konstruktive Politik den Arbeitsmarkt beleben und fragwürdige Beschäfti-  
gungsformen verhindern  
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann  
vom 27. November 2007  
(Drucksache 17/154)
9. Keine Rotstift-Aktion zulasten der Kinderspielplätze!  
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann  
vom 27. November 2007  
(Drucksache 17/155)
10. Opferschutz durch Prävention  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 4. Dezember 2007  
(Drucksache 17/164)

